

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 90 38/39
Telefax: 8 86 846 ppbn d
Telefax: 21 06 64

Inhalt

Ludwig Stiegler MdB
zur Bedeutung der
rheinland-pfälzischen
Landtagswahlen für die
Partei Waigels: Auch
ein Menetekel für die
CSU.

Seite 1

Werner Kinds Müller zur
Neuorientierung der
Organisationspolitik der
SPD: Die Herstellung
von Solidarität im Indi-
vidualisierungsprozeß
(I).

Seite 3

Ingrid Matthäus-Maier
MdB zum Tode von
Karl Klasen: Ein Bun-
desbankpräsident der
Standhaftigkeit.

Seite 6

46. Jahrgang / 78

24. April 1991

Auch ein Menetekel für die CSU

Zur Bedeutung der rheinland-pfälzischen Landtagswahlen für die Partei Waigels

Von Ludwig Stiegler MdB

Vorsitzender der Bayerischen SPD-Landesgruppe

'Ein politisches Desaster der CDU' hat der CSU-Vorsitzende Theo Waigel die Niederlage der CDU in Rheinland-Pfalz bezeichnet. Seine Analyse greift zu kurz. Die Niederlage der CDU in Rheinland-Pfalz ist auch eine Verurteilung der Politik der CSU, insbesondere des CSU-Vorsitzenden und Bundesfinanzministers Theo Waigel und der gesamten CSU-Führung, einschließlich des Bayerischen Ministerpräsidenten, die alle die Politik des Wahlbetrugs der Bonner Regierungskoalition vorbereitet, abgesegnet und durchgeführt haben. In Rheinland-Pfalz ist auch die CSU-Politik gewogen und für zu leicht befunden worden. Rheinland-Pfalz ist auch ein Menetekel für die CSU, die nur zu gut weiß, daß ihre absolute Mehrheit bei den Landtags- und den Bundestagswahlen dahin wäre, würde jetzt in Bayern gewählt.

Die CSU war die Partei des Kalten Krieges. Die KSZE hat sie bis zuletzt bekämpft. Sie klammert sich an die NATO. Im Golfkrieg war sie amerikanischer als die Amerikaner. Bayern hat die CSU so rüstungs- und militärlastig gemacht, wie die CDU Rheinland-Pfalz. Mit den Problemen der Rüstungskonversion wird sie nicht fertig. Sie ist offensichtlich sprachlos und viele ihrer Mandatsträger hoffen heimlich immer noch darauf, daß sich das Bedrohungsszenario wieder verdustert. Die von der CSU militarisierten Regionen Bayerns warten schon lange vergeblich auf eine gezielte Umsteuerung. Die CSU wird mit den Aufgaben der Rüstungskonversion nicht fertig, weil sie offenkundig selber noch nicht vollständig zur Friedenspolitik konvertiert ist. Nichts belegt das besser als die Forderung, endlich die Fesseln des bundesdeutschen Militärpotentials zu sprengen, um auf allen Kriegsschauplätzen der Welt dabei sein zu können.

Außenpolitisch ist die CSU abgemeldet. Von der Rolle des grollenden Kommentators der Außenpolitik wird sie auch der neue Berater nicht abdrängen können. Die CSU räsoniert über die 'Scheckbuchdiplomatie' des Bundesaußenministers, übersieht aber, daß alle Schecks des Außenministers von ihrem Parteivorsitzenden und Bundesfinanzminister gegengezeichnet sind. Dieser Schwindel wird nicht lange Bestand haben können: Die Beiträge der CSU zur Diskussion um die Verträge mit Polen und der CSFR sind mehr der Vergangenheit verhaftet als in die Zukunft gerichtet. Bei der Definition unserer Rolle in den Vereinten Nationen denkt die CSU mehr an Militärpräsenz als an

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with 100% recycled paper
Recycling-Paper



Umwelt-, Hunger-, Gesundheits- und Katastrophenhilfe. Von einer Neuorientierung der Entwicklungshilfe an gerechten Handels- und Austauschbeziehungen ist keine Rede.

Innenpolitisch hat die CSU außer "law and order" wenig zu bieten. Den inneren Frieden will die CSU mehr durch Repressalien als durch mehr Bürgerbeteiligung gestalten. Das Eifern für Maßnahmegesetze, die die Bürgerbeteiligung bei Großprojekten beenden würden, ist geradezu eine Gefahr für den inneren Frieden. Aus ihrem WAA-Wackersdorf-Desaster hat die CSU nichts gelernt. Die soziale Gerechtigkeit ist aus der CSU ausgetreten. Nichts zeigt das deutlicher wie die Steuerpolitik der CSU, die schon immer ungerecht war, jetzt aber extreme Blüten reifen läßt. Wie kann eine Partei, die Volkspartei sein will, Vermögenssteuern senken und alle, selbst die niedrigsten versteuerbaren Einkommen mit einem Zuschlag belasten? Wie kann man die Verbraucher belasten, aber für Unternehmen in Zeiten explodierender Gewinne niedrigere Steuern als Ziel vertreten. Wie kann man bei jeder Gelegenheit die Familie und deren Bedeutung für Staat und Gesellschaft skandieren, aber 15 Milliarden Steuern, die den Familien mit Kindern durch die Steuerpolitik der CSU unter Bruch der Verfassung abgenommen wurden, nicht zurückgeben, während 15 Milliarden DM für die Kriegsfinanzierung versprochen und gezahlt werden, ohne mit der Wimper zu zucken. Wie kann man für die Zukunft wieder einen zu geringen und damit verfassungswidrigen Familienlastenausgleich dem Bundestag zur Beschlußfassung vorlegen? Wer kann vorschlagen, die Lasten der Deutschen Einheit den Arbeitnehmern aufzubürden und (sic!) gleichzeitig die starken Schultern zu entlasten? Das kann nur, wem der soziale Kompaß durch den Magnet der Macht und Arroganz verstellt worden ist.

Die CSU hat keine aktuelle Standortbestimmung. Ihr Grundsatzprogramm ist (so Alois Glück und Edmund Stoiber) wie ihr Denken immer noch von den "geistigen und politischen Auseinandersetzungen der siebziger Jahre geprägt". Die Prämissen des CSU-Programms haben sich dramatisch geändert. Ihre aktuelle Tageswurstelei hängt buchstäblich in der Luft. "Eine Partei, die kein Profil hat, verliert unweigerlich an Einfluß", sagte Edmund Stoiber vor der CSU-Kreisvorsitzendenkonferenz am 8.3.1991 in Ingolstadt, um wenig später zu sagen, die CSU brauche ein profiliertes Programm, was auf deutsch heißt, daß sie es nicht hat.

Der bundesweite Anspruch der CSU ist von der Wirklichkeit meilenweit entfernt. Die strategischen Verrenkungen um und mit der DSU haben das genauso deutlich gemacht wie die Tatsache, daß schon heute ohne und gegen die CSU in Bonn regiert werden kann. Der CSU-Vorsitzende und DSU-Ehrenvorsitzende erkaufte die im Übrigen erheblich gerupfte Kabinettsmann- und -frauschaft der CSU mit der Aufgabe, alle Ungerechtigkeiten und Grausamkeiten zu begehen, die CDU und FDP erforderlich erscheinen, um den Wahlbetrug auszubügeln. Waigel hat dabei essentielle bayerische Interessen in der Verkehrs- und Regionalpolitik aufgegeben und insbesondere das Grenzland mit der Abschaffung der Grenzlandförderung buchstäblich ausgesetzt. Er war offensichtlich dabei nicht einmal in der Lage, alle Mitglieder der CSU-Landesgruppe anständig zu informieren und zu überzeugen, wie die Entscheidung des Bundestagskollegen Ortwin Lowack zeigt. Die CSU ist heute nur noch eine, nicht sonderlich attraktive Variante der Union, die von der Vergangenheit die Arroganz der Macht, aber die nicht die Kompetenz für die Lösung der Probleme behalten hat.

Die CSU ist zur Partei ohne Glaubwürdigkeit verkommen. "Wir müssen sagen, was wir tun werden! Und wir müssen tun, was wir gesagt haben!" zitierte Edmund Stoiber Franz-Josef Strauß vor den CSU-Kreisvorsitzenden. Er meinte dann, die "Steuerdiskussion habe gezeigt, auf welchem schmalen Grat wir gerade im Blick auf die Glaubwürdigkeit vor dem Wähler wandeln". Das Ergebnis der Wahlen in Rheinland-Pfalz zeigt, daß CSU und CDU nicht mehr wandeln; sie sind tief abgestürzt und liegen schwer verletzt in der Schlucht der falschen Versprechungen. Rettungskräfte sind nicht in Sicht. Bruno Merk wird sie am wenigsten senden.

Die Tristesse der CSU wird die Bayern-SPD nutzen. 1990 hat die CSU - noch einmal - mit falschen Versprechungen und verdrängten Problemen im Rausch der deutschen Einheit gewinnen können. 1990 gelang es ihr noch, der SPD deren Realismus und Solidität in Unwilligkeit zur deutschen Einheit umzudeuten und zum Nachteil gereichen zu lassen. Die politische Wirk-

lichkeit hat die SPD, Karl-Heinz Hiersemann und Oskar Lafontaine nicht nur voll rehabilitiert. Sie sind auch die Repräsentanten der Glaubwürdigkeit in der Politik, weil sie den Menschen die Wahrheit sagten.

Mit der Bayern-SPD hat Bayern nach dem bundespolitischen Niedergang der CSU wieder eine starke bundespolitische Kraft. Die vereinigte Bayern-SPD kann Bayern kraftvoll nach außen wie nach innen vertreten. Die SPD hat mit dem Berliner Programm und mit dem Aktionsprogramm Fortschritt '90 das aktuellste politische Programm aller im Bundestag vertretenen Parteien. Unser Programm beruht auf der Godesberger Entscheidung zur Volkspartei. Es ist in den aktuellen Fragen auf der Höhe der Zeit. Das ist eine notwendige Voraussetzung für den Machtwechsel auch in Bayern. Unsere Aufgabe wird es sein, auf der Grundlage dieser programmatischen Festlegungen unsere organisatorische Basis zu verbreitern und Politik und Programmatik der SPD in den Parlamenten und Kommunen auch überall sichtbar zu machen.

(-/24.4.1991/rs/fü)

Die Herstellung von Solidarität im Individualisierungsprozeß (I)

Zur Neuorientierung der Organisationspolitik der SPD

Von Werner Kindsmüller

Geschäftsführer des SPD-Landesverbands Schleswig-Holstein

1. Die gegenwärtigen Probleme der SPD dürfen nicht auf organisationspolitische Schwächen reduziert werden. Nach der verlorenen Bundestagswahl vom 2. Dezember 1990 konnte man den Eindruck gewinnen, als ob die Partei nur ein (neues) Management brauchte, um mehrheitsfähig zu werden.

Diese oberflächliche Betrachtung der Krise der SPD verstellt den Blick auf die tieferliegenden Schwierigkeiten, vor allem auf die ungelösten strategischen und inhaltlichen Fragen.

2. Die SPD hat aus dem soziologischen Wandel des letzten Jahrzehnts keine hinreichenden Konsequenzen gezogen. Dieser Wandel, in der soziologischen Theorie als Prozeß der Individualisierung (U. Beck u.a.) bezeichnet, hat die Handlungsbedingungen der SPD tiefgreifend verändert.

Der Prozeß der Individualisierung birgt für die SPD Ambivalenzen. Einerseits ist er mit erweiterten Möglichkeiten der einzelnen verbunden, andererseits führt er durch die Auflösung traditioneller Sozial- und Kommunikationsbeziehungen zur Vereinzelung vieler. Gleichzeitig wird der institutionelle Schutz vor Verarmung im Zuge einer Auflösung des traditionellen Normalarbeitsverhältnisses durchlöchert.

3. Mit der Ausdifferenzierung der sozialen Schichten und der Auflösung von Kommunikationsstrukturen wird die Herstellung solidarischer Handlungsmuster immer schwieriger. Die SPD steht vor einem strategischen Dilemma: Drei Optionen hat sie.

Erstens: Sie setzt auf die "Modernisierungsverlierer" und artikuliert die Bedürfnisse der Arbeitnehmer, vor allem in den von Strukturwandel gekennzeichneten Branchen und Regionen. Sie vertritt die Interessen derjenigen, die zunehmend durch das soziale Netz fallen. Um es mit einem Schlagwort zu skizzieren: Sie übernimmt die Rolle des "Betriebsrats".

Diese Strategie kann möglicherweise das bei dieser Bundestagswahl zutage getretene Problem lösen, daß immer mehr traditionell orientierte Wähler an unserer Partei keinen Halt mehr finden. Zukunft hat eine solche Strategie jedoch nicht. Es dürfte uns schwerfallen, diejenigen Wähler anzusprechen, die gewöhnlich als "Modernisierer" bezeichnet werden: technische Intelligenz, flexible Mittelschichten, Facharbeiter, Selbständige, de-

ren Lebensstil und deren Arbeitsbeziehungen durch Flexibilität, Individualität und Selbständigkeit gekennzeichnet sind. Deren Bedürfnisse gehen in eine ganz andere Richtung. Während sich die erste Gruppe von Politik vor allem Sicherheit erwartet, steht bei letzterer Veränderung oben an.

Der Streit im Vorfeld des Berliner Programmparteitages 1989 um den neuen Arbeitsbegriff zeigt in aller Schärfe, wo die Trennlinien in der Öffentlichkeit, aber auch in der Partei verlaufen: Während der - vereinfacht gesagt - traditionell-gewerkschaftliche Bereich die Betonung auf die Ausgestaltung des herkömmlichen Lohnarbeitsverhältnisses legt (Arbeitsplatzsicherheit, Arbeitszeitverkürzung, Humanisierung), stellen die Vertreter des 'neuen Arbeitsbegriffs' die auf Arbeitseinkommen beruhende Lebensbiographie gänzlich in Frage und propagieren die Gleichwertigkeit aller Formen der Arbeit (Hausarbeit, Erziehungsarbeit etc.) mit der Lohnarbeit.

Dieser Ansatz ist für traditionell orientierte Arbeitnehmer kaum attraktiv; die Forderung nach der 30-Stunden-Woche für gutverdienende Mitarbeiter im mittleren Management ist wenig anziehend.

Da stehen wir nun. Bleibt die dritte Möglichkeit. Die Partei muß den Versuch unternehmen, das Bündnis derjenigen, die auf Solidarität angewiesen sind, mit denen, die eine solidarische Gesellschaft wollen, zu organisieren. Ich sage bewußt "organisieren", weil an dieser Stelle in der Tat die Aufgabe der Organisationspolitik beginnt, in einer Gesellschaft, in der soziale und politische Zusammenhänge immer weniger naturwüchsig, autochthon entstehen, müssen sie über Kommunikationsprozesse hergestellt werden. Dazu später.

Georg Vobruba hat in einem Zeitschriftenbeitrag ('Individualisierung und Solidarität. PROKLA 76/Sept. 1989) die Frage aufgeworfen, warum jemand solidarisch sein soll, wenn er nicht selbst betroffen ist. Er führt vier Möglichkeiten an.

- Solidarität als additive Interessenverfolgung. Die Organisationsleistung bestünde in der Addition von Interessen.
- Solidarität als langfristige Interessenverfolgung, weil man erwartet, in Zukunft selbst in die Lage Schlechtergestellten geraten zu können.
- Solidarität als umwegige Interessenverfolgung. Man engagiert sich z.B. für die sozialpolitische Verbesserung der Lage der Arbeitslosen zwecks Milderung des Funktionsmechanismus der industriellen Reservearmee.
- Solidarität als Altruismus, weil man möchte, daß es Schlechtergestellten besser geht.

4. Wenn die SPD das skizzierte Dilemma auflösen will, muß sie die vorhandenen Solidaritätspotentiale unserer Gesellschaft zu strategischen wie punktuellen Bündnissen zusammenführen. Die Bedeutung organisierter Solidarität wird in Zukunft schwinden; darauf muß man sich allerdings einstellen.

Und noch eins wird zu bedenken sein: Solidarität läßt sich am leichtesten dann herstellen, wenn man sie am wenigsten braucht. Oder anders formuliert: Solidarität herzustellen ist am schwierigsten in Verteilungsfragen und je stärker der Druck von außen jenen, die die Solidargemeinschaft bilden sollten, Konkurrenz untereinander aufzwingt. Diese Situationen werden künftig öfters vorkommen, wenn der notwendige Umbau unserer Gesellschaft und der ebenso unabdingbare Ausgleich innerhalb der Weltgesellschaft organisiert werden soll.

5. Die SPD hat nicht die Wahl, entweder auf die einen (Modernisierer) oder die anderen (Traditionalisten) zu setzen; sie muß beide Welten zusammenführen.

Die erste Voraussetzung der SPD, die sich vertiefende gesellschaftliche Spaltung zu überwinden, klingt banal: Wir müssen begreifen, daß Individualisierung und Solidarität keine Gegensätze sind. Solidarität setzt immer schon individuelle Interessen voraus, die kollektiv transformiert werden müssen.

Demokratischer Sozialismus - in unserem Verständnis - ist doch nichts anderes als ein Mehr an Freiheit des einzelnen. Wir sollten deshalb die Abwehrhaltung gegen den Prozeß der Individualisierung unserer Gesellschaft endlich ablegen und die Chancen dieser Entwicklung begreifen, ohne gleichzeitig darauf zu verzichten, die Risiken dieses Prozesses durch bewußte politische Gestaltung abzuwenden.

Wolfgang Zapf hat diesen Zusammenhang in einer Studie für das Bundeskanzleramt vor einigen Jahren so formuliert: "Die Gesellschaftspolitik muß die soziale Sicherheit garantieren, damit sich die Innovationskräfte der Individualisierung entfalten können. Wenn man unter Individualisierung nicht vornehmlich Egoismus oder Vereinzelung, sondern das Ergebnis der gestiegenen Anforderungen an Initiative, Selbstverantwortung und Problemlösungskapazität der Bürger in den überschaubaren Sozialgruppen der Familien und Haushalte versteht, löst sich die scheinbar paradoxe Beziehung von Individualisierung und Sicherheit auf und gibt den Blick frei auf Lebensarrangements, auch auf soziale Probleme, die in den kommenden Jahren noch deutlicher hervortreten werden."

Ziel sozialdemokratischer Politik muß es demnach sein, gesellschaftliche und politische Voraussetzungen für individuelle Wahlmöglichkeiten und differenzierte Lebensformen zu schaffen, um dem gewandelten Verständnis von gesellschaftlichen Gestaltung und Individuum zum Durchbruch zu verhelfen.

6. Mit der umrissenen Auflösung traditioneller sozialer Milieus und mit der Gestaltung flexibler, d.h. auch fragiler Sozial- und Arbeitsbeziehungen, haben sich auch die Kommunikations- und Gesellungsformen unserer Gesellschaft gewandelt. Nach der Auflösung der traditionellen Arbeitermilieus in den 50er und 60er Jahren erfolgt nunmehr eine weitere Lösung sozialer Bindungen, die die organische Basis für die Sozialdemokratie in der Vergangenheit dargestellt hat. Dies hat wiederum Auswirkungen auf die Bedeutung von Politik und Parteien und hat Konsequenzen für die notwendigen Arbeitsformen der Parteien und das Organisationsverhalten der Menschen.

Diese Prozesse sind mit Bezug auf Parteien und andere Großorganisationen bis heute weder in der Wissenschaft noch in der Praxis ausreichend analysiert. Dennoch lassen sich folgende Feststellungen treffen:

- 1.) Ein wachsender Anteil der Bevölkerung bedarf der Vermittlung durch Politik immer weniger, da seine materielle Situation gesichert erscheint.
- 2.) Je mehr Politik zur Innenpolitik wird und die schicksalsbestimmenden Entscheidungen der Außen- und Kriegspolitik und eines autoritären Polizeistaates an Bedeutung für die Menschen verlieren und an dessen Stelle ein liberaler Sozial- und Rechtsstaat tritt, um so mehr nimmt die unmittelbare Bedeutung von Politik ab.
- 3.) Diese Entwicklung ist auch Resultat der Verschiebung der Bedrohungspotentiale und der Entstehung qualitativ neuer Risiken. Für diese Probleme bieten die heute der Politik zur Verfügung stehenden Instrumente jedoch keine ausreichenden Lösungen an. Die wachsenden Probleme der Risikogesellschaft lassen sich immer weniger von der Politik, so wie sie heute agiert, lösen.
- 4.) Aus der passiven Masse Unselbständiger ist ein Ensemble aktiv handelnder Individuen geworden, denen heute ein ganzes Set von Handlungsalternativen zur Verfügung steht. Parteien sind nur noch ein Mittel.
- 5.) Mit der Auflösung identitätsstiftender Milieus und der Ausprägung heterogener Lebensstile treten partikuläre Interessen in den Vordergrund. Die Versöhnung von Be-

sonderem und Allgemeinem durch die Politik funktioniert immer weniger. Solidarität herzustellen wird in einer individualisierten Gesellschaft immer schwieriger.

7. Für eine Partei, die aus den im Berliner Programm formulierten Grundwerten festhalten will und mehrheitsfähig werden will, gibt es nur eine Alternative zu einer Politik des "minimal consens" nach dem amerikanischen Vorbild. Mehrheiten müssen organisiert werden, und das bedingt eine radikale Änderung der Arbeitsweise der Partei vom Ortsverein bis zum Parteivorstand. Die Partei muß linke Politik aus den Alltagsproblemen der Menschen formulieren, strategische Bündnisse organisieren und auf diese Weise Hegemonie anstreben.

(Den zweiten Teil und Schluß veröffentlichen wir in unserer nächsten Ausgabe.)

(-/24.4.1991/rs/fü)

Ein Bundesbankpräsident der Standhaftigkeit Zum Tode von Karl Klasen

Von Ingrid Matthäus-Maier MdB

Stellvertretende Vorsitzende und finanzpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion

Mit Karl Klasen verstarb eine der markantesten Persönlichkeiten der deutschen Wirtschaftspolitik. Von 1970 bis 1977 war Karl Klasen in schwerer Zeit, in der das alte, auf die Leitwährung Dollar ausgerichtete System der festen Wechselkurse über Bord geworfen wurde und die Industrieländer zusätzlich noch mit der Inflation auf Grund des ersten Ölpreisschocks fertig werden mußten, der oberste Währungshüter.

Klasen war ein Bundesbankpräsident der Standhaftigkeit, der es verstanden hat, im politischen Streit über die Verantwortlichkeit von Inflation und Arbeitslosigkeit die Autonomie der Bundesbank zu sichern. Unermüdlich hat er darauf hingewiesen, daß durch Geldexpansion und Schuldenmachen für keinen etwas zu gewinnen ist. Er betrachtete sich als Anwalt auch des kleinen Mannes und war zutiefst davon überzeugt, daß die kleinen Sparer unter der Inflation am allermeisten zu leiden haben. Das freundschaftliche Verhältnis zwischen Karl Klasen und Helmut Schmidt hat wesentlich dazu beigetragen, daß die unpopuläre, weil harte Inflationsbekämpfung über Jahre hinweg durchgehalten werden konnte. So konnte die Bundesrepublik jahrelang das Schlußlicht im internationalen Inflationsgeleitzug bilden.

Als Karl Klasen 1928 zu studieren begann, trat er zugleich dem Hamburger Sozialistischen Studentenbund bei. Kurz darauf wurde er Mitglied der sozialdemokratisch gegründeten "Reichskammer Schwarz-Rot-Gold". Diese Massenorganisation hatten die Sozialdemokraten gegründet, um den aggressiven Extremisten von links und rechts nicht die Straße zu überlassen. Nach dem Assessor-Examen 1935 versuchte Klasen zunächst die Richterlaufbahn einzuschlagen, was sich jedoch wegen seiner Mitgliedschaft bei der SPD, der er 1931 beigetreten war, nicht verwirklichen ließ. Stattdessen ging er zur Deutschen Bank und Disconto-Gesellschaft. Nach dem Krieg leitete er zunächst die Landeszentralbank in Hamburg. 1967 wurde Klasen als Nachfolger von Hermann J. Abs zu einem der beiden Sprecher der Deutschen Bank berufen, bis er am 20. November 1969 das Amt des Bundesbankpräsidenten übernahm.

Helmut Schmidt hat seinen Freund Karl Klasen so charakterisiert: "Klasen ist trotz mehrfachen Wechsels zwischen staatlichen Ämtern und privatwirtschaftlichem Beruf immer der Gleiche geblieben: ein Sozialdemokrat konservativer Prägung, der von 1931 bis heute seine politische Gesinnung nicht geändert hat".

(-/24.4.1991/rs/fü)
